

KBD Kötterheinrich wies darauf hin, dass der erste Teil des Masterplanes, die Ist-Analyse und Darstellung der Situation, bereits vorgestellt worden sei und man nun am Ende des zweiten Teils, der Erarbeitung eines Handlungsprogrammes, angelangt sei. Die Ergebnisse würden durch das beauftragte Planungsbüro vorgestellt.

Herr Wallraven vom Planungsbüro Stadt-Land-Fluss Bonn stellte in einer Präsentation die Ergebnisse der Bearbeitungsphase 2 zum Masterplan Energiewende vor.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann als Anlage 1 der digitalen Niederschrift im Internet unter [www.rhein-sieg-kreis.de](http://www.rhein-sieg-kreis.de) → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)*

Abg. Dr. Kuhlmann befürwortete grundsätzlich die Umstellung auf erneuerbare Energien und den Beitrag des Kreises im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu. Daher sei es grundsätzlich zu begrüßen, dass in Arbeitsgruppen über eventuelle Maßnahmen nachgedacht worden sei. Jedoch vermag er in den bisher vorgestellten Ergebnissen keinen roten Faden, geschweige denn ein Konzept oder einen Masterplan zu erkennen. Für ihn stelle sich vielmehr ein Sammelsurium an Einzelmaßnahmen dar, die allerdings nicht bewertet seien. Dies mag vielleicht im Rahmen der Projektsteckbriefe erfolgen. Wichtige Parameter seien die Kosten, aber auch der Beitrag zur Energieversorgung und zum Klimaschutz. Er erwarte hierzu noch eine aussagekräftige Bewertung. Ihm sei des Weiteren nicht klar, nach welchen Kriterien die Maßnahmen priorisiert worden seien. Seiner Ansicht nach müsse je Maßnahme eine Kosten-Nutzen-Betrachtung vorgenommen werden mit der Fragestellung, was koste die Maßnahme und welchen Nutzen habe sie für den Klimaschutz. Bei vielen der im Katalog dargestellten Maßnahmen sehe er gar keinen Handlungsbedarf für den Kreis, weil sie bereits durch die Kommunen getätigt würden. So gebe es z. B. die ILEK-Projektgruppe für erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Städte und Gemeinden des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises. Weitere Beispiele seien das Mobilitätsmanagement der Gemeinde Alfter oder das Klimakonzept der rechtsrheinischen Kommunen Lohmar, Much und Ruppichteroth. Des Weiteren gebe es andere Organisationen, die gleiche oder ähnliche Maßnahmen bereits anböten, so z. B. die Energieberatungen der Verbraucherzentralen oder der Privatwirtschaft. Auch die regionale Vermarktung von Lebensmitteln, der Aufbau einer regionalen Strommarke sowie die Beratung von Logistik-Unternehmen seien nicht Aufgabe des Kreises. Dies könne die Privatwirtschaft allein. Er sehe die Gefahr, dass Doppelstrukturen aufgebaut würden. Dies sei in Anbetracht der knappen Ressourcen an Haushaltsmitteln und Personal bei den Kommunen und dem Kreis zu vermeiden. Der Kreis solle sich um seine Kernkompetenzen kümmern. Dies sei z. B. die energetische Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften, aber auch eine beratende oder koordinierende Funktion gegenüber den Kommunen, sofern diese es wünschten. Es gebe bereits ein umfangreiches Beratungsangebot von öffentlichen Stellen und der Privatwirtschaft, die eine Energieagentur entbehrlich machten. Zudem seien Kosten und Finanzierung völlig offen. Eine Dauersubventionierung sehe er kritisch. Vor einer Entscheidung über eine Energieagentur wünsche er sich eine aussagekräftige Evaluierung des derzeitigen Pilotprojektes. Die bereits vorgestellte Evaluierung reiche nicht aus. Die FDP habe erhebliche Vorbehalte gegen den Maßnahmenkatalog und die Energieagentur. Zusammengefasst müssten die Einzelmaßnahmen bewertet sowie ein belastbarer Kosten- und Finanzierungsplan erstellt werden, und es dürften keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund könne er sich der Aussage, dass es sich um einen großen Schritt nach vorn handele, nicht anschließen.

SkB Schön äußerte, dass er eine Bewertung zu diesem frühen Stadium für bedenklich halte. Es sei als positiv anzusehen, dass der Kreis zunächst erkannt habe, wie weit er im Bereich erneuerbare Energien und Energieeinsparungen hinterherhinkte. Im Hinblick auf die frühere

Erwartung, einen hundertprozentigen Anteil an erneuerbaren Energien erreichen zu wollen, und nun mal gerade vier Prozent aufweisen zu können, sei ein harter Sturz auf den Boden der Realität. Er habe schon früh für eine Vernetzung der vorhandenen Aktivitäten auch in Form einer Energieagentur plädiert. Diese habe sich z. B. in Bayern sehr positiv bewährt. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Energieberater stelle er häufig fest, dass viele Betriebe keine Kenntnis von technischen Möglichkeiten und Fördermitteln für eine Energieeinsparung hätten, so dass ein großes Potential dort verloren ginge, weil keine Koordination und Information erfolge. Es sei wichtig, ein politisches Zeichen für den Willen zur Energiewende zu setzen und die Verwaltung in ihrer Vorgehensweise zu unterstützen.

Abg. Albrecht erklärte, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Masterplan Energiewende begrüße. Es sei sehr ernüchternd, dass bislang nur 4 % an erneuerbaren Energien im Kreisgebiet eingesetzt würden. Im Hinblick auf die 38 Maßnahmen müsste in der Tat eine Priorisierung vorgenommen werden. Diese sollte sich an den Trümpfen, die der Kreis habe, orientieren sowie an der Machbarkeit. Einer dieser Trümpfe sei, dass über kreiseigene Gesellschaften verfügt werde, wie z. B. die RSAG. So werde Biomüll und Grünschnitt lediglich kompostiert, obwohl damit auch Energie gewonnen werden könne. Der Bau von Biogasreaktoren in Sankt Augustin-Niederpleis und Swisttal-Miel sei daher erstrebenswert. |

Im Hinblick auf die Topographie insbesondere des rechtsrheinischen Kreisgebietes, aber auch teilweise des linksrheinischen sehe er die größte Chance für die Elektromobilität, insbesondere E-Bikes und Pedelecs. Für viele in Höhenlagen wohnhafte Bürger sei es schlichtweg unattraktiv, mit einem normalen Fahrrad zur Arbeit zu fahren. Auch solch kleine Schritte seien wichtig, um den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen.

Hinsichtlich der Frage, ob eine Stabsstelle oder eine Agentur eingerichtet werden solle, favorisiere die SPD-Kreistagsfraktion eine Agentur, in welcher Rechtsform auch immer. Der Vorteil einer ausgelagerten Agentur sei, dass auch die linksrheinischen Kommunen, die bereits eigene Konzepte hätten, nach Bedarf bestimmte Leistungen nachfragen könnten. Im Rahmen einer solchen Agentur könnten auch Unternehmen wie die Rhenag, RWE oder e-regio Euskirchen mitmachen. Des Weiteren sei ein Mix aus Biogas, Photovoltaik und Windenergie anzustreben.

Abg. Hoffmeister erklärte, dass die GRÜNEN-Kreistagsfraktion den Masterplan begrüße. Er äußerte Unverständnis über die Haltung der FDP. Die Wirtschaft des Kreises, die Hochschule des Kreises und der Stadt Bonn, die bestehende Energieagentur, alle Genossenschaften, die sich mit Energie beschäftigten, produzierende Unternehmen, die Stadtwerke; ausnahmslos alle hätten diesen Prozess begrüßt, weil sie erkannt hätten, dass sie es nicht schafften, sich untereinander abzustimmen.

SkB Wagner befürwortete die strukturierte und konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema auf allen Ebenen. Dass der Kreis sein früher gestecktes Ziel so wenig erreicht habe, sei kein Einzelfall und auch darin begründet, dass der Aufbau und die Umsetzung von erneuerbaren Energien wie z. B. die Windenergie von unterschiedlichen Interessenlagen und Bürokratie stark gehemmt würden. Auch der derzeit niedrige Ölpreis trage nicht zu einem Fortschreiten des Prozesses bei. Die Priorisierung der Maßnahmen könne erst zu einem späteren Zeitpunkt, spätestens zu den Haushaltsberatungen erfolgen.

Abg. Geske stellte fest, dass sich im Verständnis in der Verwaltung aber auch in der Bevölkerung in der Vergangenheit viel getan habe. Es seien Schritt für Schritt Maßnahmen beschlossen worden, die die kreiseigenen Immobilien beträfen. Hierbei sei der Einfluss des Kreises allerdings sehr beschränkt. So stelle sich die Frage, warum bei den Gebäuden der kreiseigenen Wohnungsbaugenossenschaft nicht längst Solaranlagen auf den Dächern vorzufinden seien. Die Vorreiter beim Fortschritt hinsichtlich der Solarenergie waren die privaten

Bürger, die sich auf den Dächern ihrer Häuser Solaranlagen installieren ließen.

Die regionalen Energieversorger, Unternehmen und Kommunen, die in diesem Bereich involviert seien und im Kreis Wertschöpfung betrieben, hätten durchaus ein Interesse an einer übergreifenden Koordination. Es sei gar nicht so einfach, ein energie- oder klimaschutzoptimiertes Gewerbegebiet zu schaffen. Die sich ansiedelnden Firmen seien zunächst viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie von alleine eine Genossenschaft gründeten, um eine umweltfreundliche Energieversorgung oder ein gemeinsames Mobilitätsmanagement zu gestalten. Hierzu bedürfe es einer zentralen Stelle, die sich mit fachlich qualifiziertem Personal um die Förderung solcher Prozesse kümmere und die Akteure vernetze.

Klimaschutz sei eine Querschnittsaufgabe, die auch andere Synergieeffekte habe, die im Kreis berücksichtigt werden sollten. So werde die Entwicklung des ländlichen Raums, Verkehrsentlastung und regionale Wertschöpfung angestrebt, was sich mit den Zielen der Energiewende überschneide. Der größte Effekt für den ländlichen Raum sei z. B. die Elektromobilität.

Abg. Rothe schloss sich weitgehend der Argumentation der FDP an. Man müsse die Kosten und Nutzen gegeneinander abwägen. Die Zielsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduzierung halte er für falsch. Der anthropogene Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß sei so gering, dass er überhaupt keine Rolle spiele. Er vermisse Aussagen zu Methanbelastungen aus der Tierhaltung, den Kläranlagen und Mülldeponien, die weitaus gefährlicher seien als CO<sub>2</sub>.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese bemerkte, dass nicht nur von CO<sub>2</sub>, sondern von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten die Rede sei.

Dezernent Schwarz erläuterte zu der Nachfrage des Abg. Albrecht hinsichtlich des perspektivischen Ausbaus der Windenergie im Rhein-Sieg-Kreis, dass es im Kreisgebiet aufgrund seiner schwierigen Topographie, der hohen Siedlungsdichte und natur- und artenschutzrechtlicher Einschränkungen nur wenige Gebiete gebe, die sich in größerem Umfang für Windenergieanlagen eigneten. Diese befänden sich im Wesentlichen im linksrheinischen Kreisgebiet, nämlich in Bornheim, Swisttal und an der Grenze Meckenheim/Rheinbach. Die Verwaltung arbeite daran, diese Optionen für Windenergie weiterhin offenzuhalten.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass bis zur kommenden Sitzung seitens der Verwaltung und der Fraktionen noch einiges zu erledigen sei. So müsse geprüft werden, welche Strukturmöglichkeiten zu favorisieren seien, wie die Maßnahmen und Projekte zu beurteilen seien und wie die Finanzierung aufzustellen sei.